

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 183. Ratssitzung vom 21. August 2013

4169. 2010/504

Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 01.12.2010:

Förderung des Umstiegs auf Autos mit Elektroantrieb

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 821/2010): Wir möchten die Leute dazu bewegen, Autos vorzeitig zu wechseln und auf elektrobetriebene, umweltschonendere Fahrzeuge umzusteigen. Dies führt zu besserer Luft und somit zu einer höheren Lebensqualität für alle. Elektrofahrzeuge sind jedoch im Gegensatz zu herkömmlichen Autos teurer. Hier braucht es einen Anreiz. Erdgas Zürich hat 2007 eine sinnvolle Aktion durchgeführt: Hat jemand ein Gasauto gekauft, erhielt er einen Bonus in Form einer Tankkarte. Auch hatten die Käufer die Möglichkeit, ihr Auto als Werbefläche für Erdgas Zürich zu nutzen und dadurch Geld zu erhalten. Insgesamt kostete das Erdgas-Auto dann ungefähr gleich viel wie das herkömmliche Auto und der Umstieg war keine Geldfrage mehr. Auch das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) könnte hier neue Werbeflächen erschliessen. Der Umstieg auf ein Elektrofahrzeug ist für viele neu und ungewohnt. Es braucht Sensibilisierung und Information, zum Beispiel mit grünen Parkplätzen, Zapfsäulen, Plakaten. Das gibt dann vielleicht den Anreiz, beim nächsten Kauf einen Schritt in die Zukunft zu wagen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

***STR Claudia Nielsen:** Auch dieses Anliegen besteht aus einer guten Idee. In diesem Bereich wird bereits viel unternommen. Die Massnahmen zur Förderung der Elektromobilität sind bereits in der Teilstrategie Elektromobilität der städtischen Mobilitätsstrategie festgelegt. Im Januar 2011 wurde zudem ein ähnlicher Vorstoss überwiesen, der eine Netzinfrastruktur für Plug-in-Hybridfahrzeuge fordert. Gemäss dem vorliegenden Postulat sollen die Aufwendungen zudem dem Klimafonds entnommen werden. Doch dieser Klimafonds wurde soeben abgeschrieben. Somit gibt es auch keine Finanzierung. Wir sollten mit den bereits begonnenen Förderungen weitermachen. Sollte ein neuer Weg auftauchen, werden wir diesen prüfen. Doch das Postulat muss nicht mehr geprüft werden.*

Weitere Wortmeldungen:

***Kurt Hüssy (SVP):** Wir wehren uns gegen einen Klimafonds und entsprechende Gebühren, um einen solchen Fonds zu speisen. Von internationalen Autoherstellern hört man teilweise sehr widersprüchliche Informationen zu den Elektroautos. So konnten die*

Hersteller z. B. mit ihrer kleinen Produktion die grosse Nachfrage nicht befriedigen. Dann zogen sie aber auch aus irgendwelchen Gründen Autos aus dem Verkehr zurück und verschrotten sie sogar. Tatsache ist: Die Hersteller wollen gar keine Elektroautos bauen. Es ist blauäugig, zu glauben, dass im kleinen Zürich mit Stromzapfsäulen und Gratisparkplätzen die Produktion von Elektroautos beeinflusst werden kann. Selbstverständlich finde ich Elektroautos auch gut und hoffe, dass möglichst viele verkauft werden. Doch sie müssen auch zuerst gebaut werden. Wir können das nicht mit Steuergeldern und Parkplatzangeboten subventionieren. Ein Bericht des Bundesamts für Umwelt zeigt zudem: Für die Elektroautos sieht es bezüglich aller Umweltaspekte nicht speziell gut aus. Ein VW Golf Diesel verursacht eine 32 % tiefere Umweltbelastung und benötigt 18 % weniger nicht erneuerbare Energie als ein Elektroauto der gleichen Klasse.

Guido Hüni (GLP): Die GLP wird das Postulat ablehnen, auch wenn wir durchaus Sympathien für einen solchen Vorschlag hegen. Wir können uns vorstellen, dass eine solche Idee umsetzbar ist. Es gibt auch durchaus einen Hersteller, der grossen Umsatz mit seinem Modell macht. Dieses ist auch in der Schweiz erhältlich. Doch wie von unserer Stadträtin erwähnt, existiert bereits ein gleichlautendes Postulat, das sich in der Prüfung befindet. Wir wollen hier Doppelspurigkeiten vermeiden.

Joachim Hagger (FDP): Das Postulat klingt von der Grundidee her sympathisch. Doch auch hier zeigt sich eine Schwarz-Weiss-Sicht: Elektromobilität ist gut, und alles konventionell Betriebene ist schlecht. Für Elektrofahrzeuge soll man einen Spezialparkplatz erhalten. Aber was ist mit dem Mobility-Fahrzeug, das unter dem Strich in der Ökobilanz besser abschneidet? Umstiegsprojekte und Förderprogramme fördern zudem indirekt eine gewisse Mobilität. Eigentlich möchte man die Leute motivieren, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, aber setzt stattdessen Anreize, ein Elektrofahrzeug zu benutzen. Damit wird einer Entwicklung Vorschub geleistet, die man zu Beginn gar nicht beabsichtigte. Nicht zuletzt geht es uns auch um die Frage der Finanzierung. Wir lehnen das Postulat ab.

Marianne Aubert (SP): Unsere Stadträtin hat das Wichtigste bereits gesagt. Erstens: Es ist keine Finanzierung vorhanden. Zweitens: Steigt man vom einen Fahrzeug auf das andere um, sind am Schluss noch gleich viele da. Uns fehlt hier eine Reduktion. Wir fragen uns auch, wie die Stadt etwas fördern kann, das sich nicht nur auf Stadtgebiet bewegt, sondern überall. Zudem: Auch diese Autos, egal wie sie betrieben werden, benötigen Infrastruktur. Wir sehen den Vorteil von atomstrombetriebenen Fahrzeugen gegenüber mit Benzin, Diesel oder als Hybrid betriebenen nicht und lehnen das Postulat ab.

Dr. Martin Mächler (EVP): Als wir das Postulat eingereicht haben, wurde die Motion zum Klimafonds gerade überwiesen. Wir gingen davon aus, dass die Finanzen gesichert wären. Wenn etwas zukunftssträchtig ist, sollte man aber auch andere Wege prüfen können. Elektromobilität ist die Zukunft. Wir haben die 2000-Watt-Gesellschaft angenommen. Es geht um eine Reduktion von Abgas und Lärm. Es geht noch nicht um die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs. Wir als fortschrittliche Stadt sollten auf



3 / 3

diesem Bereich etwas anbieten. Wir sind nicht gegen Mobility und würden selbstverständlich auch eine Förderung von Mobility unterstützen.

Das Postulat wird mit 7 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat